nova europa

Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik
Rassemblement pour une République européenne
Movement for a European Republic

Nova EUropa

Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik
Rassemblement pour une République européenne
Movement for a European Republic

Drei-Stufen-Plan

zur

Konsolidierung des Euro

und zur

Demokratisierung der Eurozone

Erstmals veröffentlicht am 8. Dezember 2011 – gezeichnet am 8.12.2011 von

Für das Präsidium:
Vzkl.a.D. DI Dr.h.c. Josef Riegler, Präsident
Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser, 2011 Präsident, nunmehr Ehrenpräsident
Dr. Josef Taus, Mitglied des Präsidiums

Für den Vorstand:
Mag. Karl Koller, Obmann
Mag. Thomas Kath, Stv. Obmann
Mag. Christoph Korosec, Generalsekretär

aktualisiert April 2014

Die Euro-Schuldenkrise

Im Dezember 2011 befand sich die Eurozone in einer kritischen Phase. Zehnjährige griechische Staatsanleihen notierten mit einem Zinssatz von 35,22%, während sie im Dezember 2010 noch bei 12,47% lagen. Für portugiesische Staatsanleihen waren die Renditen im Jahresabstand von 6,6% auf 13,46% geklettert. Italienische Staatspapiere notierten bei 6,95% gegenüber 4,82% Ende 2010. Im Vergleich dazu waren die Zinsen für deutsche Staatsanleihen von 2,96% auf 1,94% gefallen, die Zinsen auf österreichische Staatsanleihen immerhin von 3,51% auf 3%.[1]

Auslöser der Krise war ein Jahr zuvor die beginnende Spekulation mit Kreditausfallsversicherungen, den Credit Default Swaps, auf eine Staatspleite in Griechenland. Die FAZ berichtete am 8.3.2010 unter der Headline "So spekuliert man gegen Griechenland": "Es kann keinen Zweifel mehr geben: Griechenland ist zum Gegenstand der Spekulation geworden." Und das Handelsblatt schrieb am 3.3.2010 über die Spekulation mit CDS: "Problematisch ist dies deshalb, weil der mit der Nachfrage steigende Preis der CDS von den Märkten wiederum als Signal für ein höheres Ausfallrisiko griechischer Staatsanleihen interpretiert wird. Dadurch steigen wiederum die Zinsen, die Griechenland für neue Kredite zahlen muss. Im schlimmsten Fall könnte sich so die Spekulation auf einen Zahlungsausfall Griechenlands zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung entwickeln." Genau das wurde Realität: Hedgefonds kauften im großen Stil Kreditausfallsversicherungen auf griechische Staatsanleihen womit sie die Kurse hochtrieben und den Ruf Griechenlands als Anleihengläubiger beschädigten. Im April 2010 stufte S&P Griechenland um 3 Stufen hinunter – womit eine Abwärtsspirale ausgelöst wurde: ein weiterer Anstieg der CDS, steigende Zinsen bei Neuemissionen, weiter Herabstufungen.

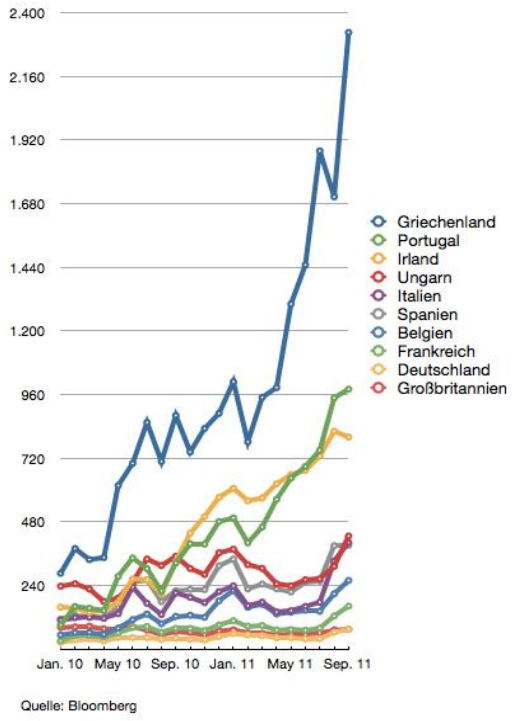
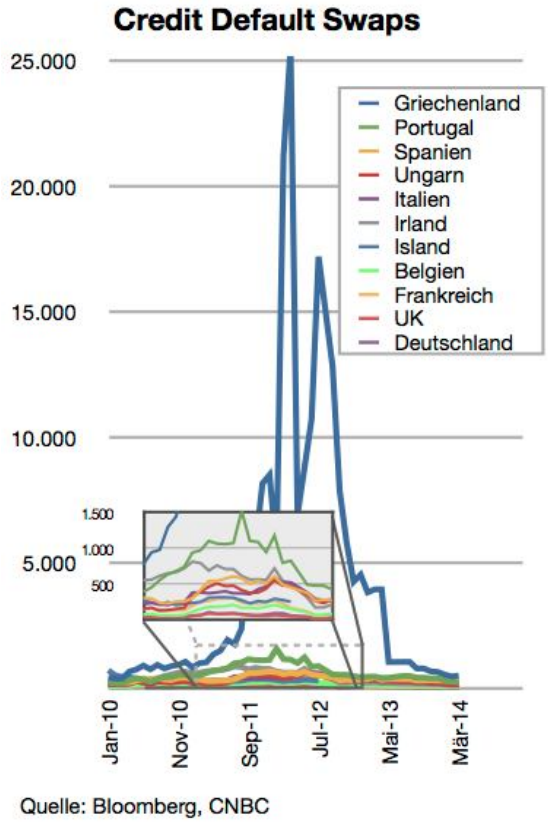


Abbildung 1: Entwicklung CDS, Quelle: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:CDS-Europaeische-Laender.png



[1] Standard 28.12.2011

Dass Griechenland die Staatspleite vermeiden konnte und die Eurozone nicht verlassen musste und generell, dass die Währungsunion nicht gescheitert ist, ist den Rettungsschirmen, vor allem aber der EZB zu danken, die die Banken in den südlichen Peripheriestaaten mit Zentralbankgeld versorgt hatte. Vor Weihnachten 2011 und Ende Februar 2012 hatte die EZB mehr als 1 Billion Euro an Zentralbankkrediten zur Verfügung gestellt und damit die Banken in die Lage versetzt, Staatsanleihen zu erwerben. Die Renditen sind daraufhin merklich gesunken.

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt hat auch das Zahlungsverkehrssystem Target2 innerhalb des Systems der Europäischen Zentralbanken zur Stabilisierung beigetragen und gleichzeitig die Eurostaaten stark aneinander gebunden. Sowohl die Zahlungsbilanzungleichgewichte (siehe unten) innerhalb der Eurozone als auch die Kapitalflucht aus der Europeripherie in die stabilen Kernstaaten der Eurozone haben diese am Höhepunkt der Krise stark ansteigen lassen[2]. Ende Juli 2012 betrug der Target-Saldo Deutschlands 727 Mrd. Euro, der negative Saldo Italiens -278 Mrd. und der negative Saldo Spaniens -423 Mrd. Der negative Saldo der wesentlich kleineren Staaten Griechenland, Irland und Portugal hatte Ende Mai 2012 -100 Mrd. (Griechenland), -97 Mrd. (Irland) und -61 Mrd. (Portugal) betragen. Positive Salden hatten Ende Mai 2012 Luxemburg mit +128 Mrd. und Finnland mit +54 Mrd., die Niederlande hatte Ende Juni 2012 einen positiven Saldo von +126 Mrd. Für Deutschland, das Hauptgläubigerland im Target2-Sytem, erreichten die Forderungen im August 2012 mit 751 Mrd. einen Spitzenwert und gingen seither auf 499 Mrd. (Stand 28.2.2014) zurück.[3] Eine Staatspleite in den Peripheriestaaten würde somit bedeuten, dass die Gläubigerstaaten ihre jeweiligen Target2-Forderungen abschreiben müssten.

Abbildung 2: Entwicklung der Targetsalden ausgewählter Eurostaaten (Quelle: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/europas-schuldenkrise-die-target-salden-entspannen-sich-12286708.htm)

Der Rückgang der Target-Salden – die Wende im August 2012 – fällt mit jener Maßnahme zusammen, die Nova EUropa in seinem Drei-Stufen-Plan als erste Stufe gefordert hatte: Eine Erklärung der Europäischen Zentralbank, mit der sie den potentiell unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen der Eurostaaten ankündigt – dies als einzig wirklich wirksame Akutmaßnahme zur Rettung des Euro.

---

[2] Überweist z.B. ein griechischer Sparer sein Guthaben bei einer griechischen Bank auf ein Konto bei einer deutschen Bank so tauscht er seine Forderung gegen die griechische Bank gegen eine Forderung gegen die deutsche Geschäftsbank. Die deutsche Geschäftsbank hat nun eine Verbindlichkeit gegenüber dem Griechen und eine Forderung gegenüber der griechischen Bank. Diese lässt sie sich in Zentralbankgeld, also mit einer Forderung gegenüber dem EZB-System abgelten. Dafür muss die griechische Bank einen Kredit bei der griechischen Zentralbank nehmen – sie taucht also die Verbindlichkeit gegenüber der deutschen Bank gegen ein Schuldverhältnis gegenüber der griechischen Zentralbank. Die deutsche Bank erhält nun keine Forderung gegenüber der griechischen Zentralbank sondern gegenüber der deutschen Bundesbank – die griechische Zentralbank hat also eine Verbindlichkeit gegenüber der deutschen Bundesbank und diese eine Forderung gegenüber der griechischen Zentralbank und eine Verbindlichkeit gegenüber der deutschen Geschäftsbank. **Im Endeeffekt** hat der griechische Sparer, der sein Geld auf eine deutsche Bank transferiert hat, nun eine Forderung gegen die deutsche Geschäftsbank (Guthaben). Die griechische Geschäftsbank hat nun als Gegenposition zu vergebenen Krediten nicht mehr das Guthaben des griechischen Sparers (Verbindlichkeit) sondern eine Verbindlichkeit gegenüber der griechischen Zentralbank. Die deutsche Geschäftsbank hat eine Verbindlichkeit gegenüber dem griechischen Sparer und eine Forderung gegen die deutsche Bundesbank. Die griechische Zentralbank hat eine Forderung gegenüber der griechischen Geschäftsbank und eine Verbindlichkeit gegenüber der deutschen Bundesbank. Und die deutsche Bundesbank hat eine Forderung gegenüber der griechischen Zentralbank und eine Verbindlichkeit gegenüber der deutschen Geschäftsbank. Somit hat letzten Endes die **deutsche Bundesbank das Risiko eines griechischen Defaults übernommen** – sie hat, über den Umweg der griechischen Zentralbank, eine Forderung gegenüber der griechischen Geschäftsbank.

[3] Quelle: Deutsche Bundesbank und Hans Werner Sinn, "die Target Falle", München 2012

Stufen 1: Unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der Euro-Staaten durch die EZB

Nova EUropa hatte am 8. Dezember 2011 die Forderung erhoben, dass "die EZB ein eindeutiges Signal aussenden muss, dass sie die Marktverzerrungen, wie sie sich in jüngster Vergangenheit in extremer Form bei den Zinssätzen für Staatsanleihen gezeigt haben, nicht toleriert." Weiters wurde erklärt: "Dies kann durch die Ankündigung ihrer Bereitschaft zu unbeschränkten Interventionen am Markt für Staatsanleihen geschehen, mit dem Ziel, die Zinsen für Staatsanleihen auf ein normales Maß zurück zu führen. Eine solche Ankündigung wäre mit dem aktuellen geldpolitischen Rahmen vereinbar, und sie wäre unmittelbar wirksam. Wenn sie glaubwürdig erfolgt, würde es zu einem unmittelbaren Rückgang der Renditen kommen, sodass Interventionen letztlich gar nicht erforderlich wären."

Betreffend der von markradikaler Seite geschürten Inflationsangst haben wir im Drei-Stufen-Plan festgehalten: "Da Preisstabilität das primäre Ziel der EZB darstellt, ist sie verpflichtet, allfällige Gefahren für dieses - mittelfristig definierte - Ziel zu erkennen und entsprechend zu handeln. Und genau das geschieht: Die EZB neutralisiert die Auswirkungen ihrer Interventionen am Staatsanleihemarkt auf die Liquidität, indem sie dem Geldmarkt Liquidität entzieht. Abgesehen davon gibt es keine Anzeichen, dass die dem Bankensystem zur Verfügung stehende Liquidität in einem Maße, das die Preisstabilität gefährden könnte, nachfragewirksam wird. Die Produktionskapazitäten im Euroraum sind aktuell unterausgelastet, was man nicht zuletzt an der hohen Arbeitslosenrate im Euroraum sieht. Die insbesondere in Deutschland anzutreffende Angst vor einer Hyperinflation ist vollkommen unbegründet, da wir uns heute Gott sei Dank nicht in einer Nachkriegssituation befinden, der eine gigantischen Zerstörung realer Werte vorangegangen war. Auch die Befürchtung, eine bei der Staatsfinanzierung direkt oder indirekt aktive Notenbank sei gleichbedeutend mit Inflation, wird durch Notenbanken wie z.B. jener der USA oder jener Japans widerlegt."

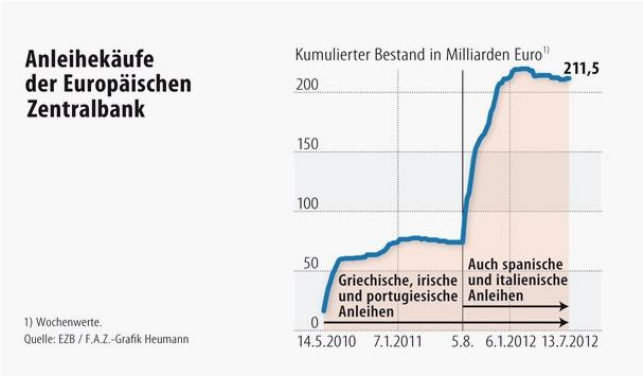


Abbildung 1: Anleihenkäufe der EZB / Quelle: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mario-draghi-deutet-anleihekaeufe-an-ezb-wird-alles-tun-um-den-euro-zu-erhalten-11832819-b2.html

Die Europäische Zentralbank hat im Rahmen des Securities Markets Programme, SMP vor allem von Mai bis Anfang Juli 2010 (€ 60 Mrd.) und von Anfang August 2011 bis Mitte Januar 2012 (ca. € 140 Mrd.) Staatsanleihen von Euro-Krisenstaaten am Sekundärmarkt gekauft[4]. Die Bank of England oder die amerikanische FED haben im selben Zeitraum vor allem direkt eigene Staatsanleihen aufgekauft: Im Vereinigten Königreich waren es bis Ende 2011 € 300 Mrd. an britischen Staatsanleinen, in den USA waren es € 2 Billionen – jeweils 18 % der Wirtschaftsleistung.

Auf der Global Investment Conference in London erklärte EZB-Präsident Marion Draghi in seiner Rede, "die EZB wird alles Notwendige tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, es wird ausreichen". Mario Draghi bekräftigte, es werde innerhalb des Mandats der Zentralbank alles Erforderliche getan werden. Falls die Zinsaufschläge für Staatsanleihen der Krisenländer den Übertragungsmechanismus der Geldpolitik störten, könne die EZB eingreifen. Nach dieser Rede erholten sich die Kur-

[4] Ende 2012 machten italienische Papiere nominal knapp die Hälfte des Gesamtvolumens (218 Mrd. Euro nominal, Buchwert 208,7 Mrd. Euro) aus, gefolgt von spanischen (20 %) und griechischen (16 %). Quelle: European Central Bank: *21 February 2013 – Details on securities holdings acquired under the Securities Markets Programme.* Press Release. Online, abgerufen am 21. März 2013 – zitiert nach Wikipedia

se für spanische und italienische Anleihen. Die Zinsen für zehnjährige Anleihen beider Länder fielen um bis zu 0,4 Prozentpunkte.[5]

Nach der Sitzung des EZB Rates am 6.9.2012 kündigte EZB Präsident Mario Draghi an, dass die Zentralbank nun bereit sei, unbegrenzt Anleihen mit einer Laufzeit von einem bis drei Jahren zu kaufen (Outright Monetary Transactions, OMTs), wenn sich die betreffenden Staaten der strikten Kontrolle der Euro-Rettungsfonds unterwerfen. Die Regierungen der hilfsbedürftigen Länder müssten zunächst bereit sein, die Rettungsschirme EFSF oder ESM zu aktivieren, sagte Draghi. Bei den Fonds könnten die klammen Länder Vollprogramme oder Kreditlinien beantragen: In einem zweiten Schritt könnten die Rettungsfonds den Staaten direkt Staatsanleihen abkaufen, also am „Primärmarkt", so dass das Geld direkt in die Staatshaushalte fließt. Die EZB kaufe dann Staatsanleihen von anderen Besitzern - sie werde am Sekundärmarkt aktiv, sagte Draghi.[6]

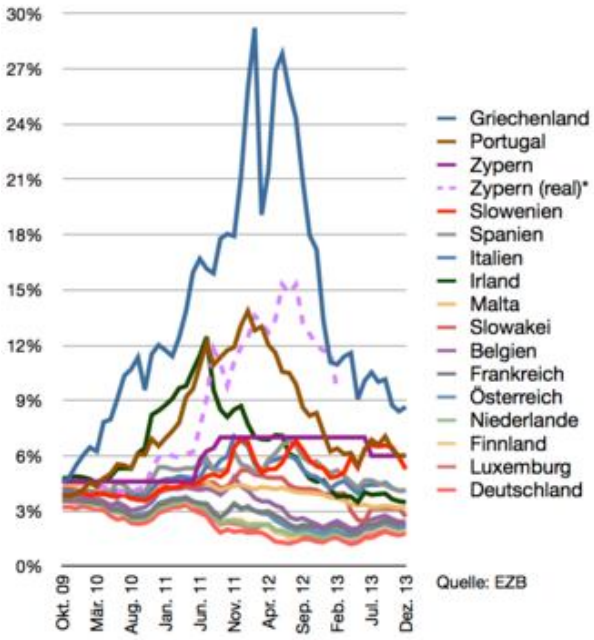


Abbildung 2: Entwicklung der Renditen für zehnjährige Staatsanleihen (senior, unsecured) aller Euro-Länder mit Ausnahme von Estland (Graphik Download von Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Eurokrise)

Wie in Abbildung 4 ersichtlich hat EZB mit ihrer Ankündigung notfalls unbegrenzt Staatsanleihen anzukaufen, die Wende gebracht. Die Renditen der Staatsanleihen der Euro-Peripherie sind auf ein erträgliches Maß gesunken. Die Rendite 10-jähriger Staatanleihen liegt aktuell (2/2014) für griechische Anleihen bei 7,7%, für portugiesische bei 4,94%, für spanische bei 3,56%, für irische bei 3,24 und für italienische Staatsanleihen bei 3,65%.[7]

Nova Europa ist mit der Forderung vom Dezember 2011 nach einer EZB-Erklärung, bereit zum unbegrenzten Staatsanleihenkauf zu sein, richtig gelegen. Am 25.8.2012 hatte Obmann Karl Koller in einem Artikel in der österreichischen Tageszeitung "Die Presse" nochmals die Forderung erhoben: " Die EZB müsste erklären, so lange spanische und italienische Papiere zu kaufen, bis die Zinsen etwa drei Prozent erreichen."[8] Und er schrieb weiters: " Die Angst, dadurch eine Inflation auszulösen, ist mehr als absurd, schon aufgrund der Relation zwischen Geschäftsbanken- und Zentralbankgeldschöpfung: „Die Bilanzsumme der europäischen Banken beträgt 34.000 Milliarden Euro, davon finanziert die Europäische Zentralbank 1.100 Milliarden Euro. Die Risken für eine Deflation sind aktuell um ein Vielfaches höher als die Gefahr einer Inflation", erklärte UniCredit-Chefvolkswirt Bruckbauer am 22. 6. im „Wirtschaftsblatt"." Der Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF), Olivier Blanchard, warnte nun jüngst vor langfristig sinkenden Preisen in Europa: „Das Risiko der Deflation, insbesondere in der Euro-Zone, besteht definitiv "[9].

[5] FAZ, 26.7.2012
[6] FAZ, 6.9.2012
[7] Quelle: Eurostat
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=teimf050&plugin=0
[8] Die Presse, 25.8.2012
[9] Handelsblatt 10.3.2014

Die eigentlichen Ursachen der Krise – makroökonomische Ungleichgewichte

Die Spekulation gegen Griechenland hatte die Euro-Schuldenkrise ausgelöst. Die eigentlichen Ursachen liegen aber tiefer – sie liegen in den massiven makoökonomischen Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone. Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands betrug in den Jahren seit 2008 über 6% des BIP, 2012 und 2013 lag er bei 7%. Das Leistungsbilanzdefizit Griechenlands betrug in den letzten Jahren zwischen 10% und 18% und sank erst 2012 – bedingt durch die von der Troika verordnete Austerity-Politik auf -5,3% 2012 und -2,3% 2013. Spaniens Leistungsbilanzdefizit lag zwischen -4% und -10%, es reduzierte sich 2012 auf -1,2% – für 2013 weist man bereits einen Überschuss von 1,1% aus. Portugal weist 2013 ebenfalls einen Überschuss von 0,4% aus, in den Jahren bis 2011 war das Defizit meist über -10% gelegen. Für Italien lag das Defizit nie über -3,5%, für 2013 wird ein Überschuss von +0,9% ausgewiesen. Frankreich weist für 2013 ein Leistungsbilanzdefizit von -1,9% aus, das negativste Ergebnis wurde 2011 mit -2,5% ausgewiesen.

LEISTUNGSBILANZSALDEN

Überschuss/Defizit der Leistungsbilanz in % des BIP

Land	Durchschnitt 2000-2005	Durchschnitt 2005-2010	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013 *	2014 *	2015 *
Belgien	4,6	2,5	4,2	3,2	1,1	0,7	2,6	0,5	- 0,2	0,1	0,6	0,3
Deutschland	2,0	6,3	- 1,8	5,1	6,2	6,1	6,4	6,3	7,0	7,0	6,7	6,4
Estland	- 8,9	- 7,1	- 5,2	-10,1	- 8,5	4,0	3,5	0,3	- 2,8	- 2,1	- 2,4	- 2,3
Finnland	6,6	3,2	7,6	3,5	3,1	2,0	1,7	- 1,5	- 1,4	- 0,2	0,5	0,4
Frankreich	0,6	- 1,4	1,2	- 0,6	- 1,9	- 1,8	- 1,9	- 2,5	- 2,1	- 1,9	- 2,0	- 2,2
Griechenland	-11,6	-14,6	-12,0	-10,8	-18,0	-14,4	-12,8	-11,7	- 5,3	- 2,3	- 1,8	- 1,6
Irland	- 0,6	- 3,2	- 0,4	- 3,0	- 5,6	- 2,3	1,1	1,2	4,4	7,0	6,8	7,2
Italien	- 0,4	- 2,0	- 0,2	- 0,9	- 2,9	- 2,0	- 3,5	- 3,1	- 0,5	0,9	1,3	1,2
Lettland	- 8,8	- 9,9	- 4,8	-12,6	-13,1	8,6	2,9	- 2,3	- 2,5	- 1,6	- 1,9	- 2,5
Luxemburg	10,7	8,7	13,2	11,5	5,4	7,3	7,7	6,6	6,7	6,4	6,7	7,0
Malta	- 5,1	- 6,9	-12,1	- 8,5	- 4,8	- 8,9	- 5,4	- 1,0	1,1	1,7	0,9	0,5
Niederlande	6,6	6,3	6,4	7,5	4,7	3,2	5,0	7,4	7,7	9,2	9,1	10,0
Österreich	1,2	3,4	- 0,7	2,2	4,8	2,7	3,6	1,5	1,8	2,9	3,4	3,8
Portugal	- 9,2	-10,8	-10,7	-10,3	-12,6	-10,8	-10,4	- 7,2	- 2,2	0,4	0,8	1,1
Slowakei	- 6,5	- 5,8	- 2,6	- 8,6	- 6,3	- 2,5	- 3,7	- 2,6	1,6	2,0	1,9	2,3
Slowenien	- 1,3	- 2,6	- 3,2	- 1,7	- 6,1	- 0,4	- 0,2	0,2	3,1	4,9	6,9	7,8
Spanien	- 4,9	- 7,5	- 4,0	- 7,5	- 9,6	- 4,8	- 4,4	- 4,0	- 1,2	1,1	1,6	1,8
Zypern	- 4,2	- 9,5	- 3,9	- 6,1	-12,2	-10,7	- 9,2	- 3,5	- 6,8	- 1,7	- 0,0	0,4
Eurozone (18)	0,4	0,2	- 0,5	0,4	- 0,7	0,1	0,3	0,4	1,8	2,7	2,7	2,7

Abbildung 3: Leistungsbilanzsalden Eurozone, Quelle EU Kommission (Graphik von WKO)

Dauerhaft negative Leistungsbilanzen bedeuten, dass die Verschuldung einer Volkswirtschaft (die öffentliche oder die private) anhaltend steigt, sich kumulierende Leistungsbilanzüberschüsse, dass die Forderungen gegen andere Volkswirtschaften permanent anwachsen. Die Überschüsse sind dabei das Spiegelbild der Defizite – daher sind auf Dauer weder anhaltende Überschüsse noch anhaltende Defizite möglich.

Die noch gravierenderen makroökonomischen Ungleichgewichte auf globaler Ebene – zwischen den USA und China, Japan und den ölexportierenden Ländern – hatten bereits die Finanzkrise 2008/2009 ausgelöst. Seit einem Jahrzehnt betrug das Leistungsbilanzdefizit der USA zw. 4-6% des BIP; der Nettoschuldenstand der USA hatte bereits 2005 22 % des BIP erreicht – das reichste Land der Welt ist der größte Nettokapitalimporteur der Welt. China ist dagegen der globale Hauptgläubiger – am 14.4.2011 meldete die FAZ: "China verfügt über Devisenreserven von 3.000 Mrd. US-$". Die US-Subprime Krise wurde durch die Verschuldung der US-Haushalte befeuert und durch die Verschuldung der US-Volkswirtschaft, durch den Kapitalimport, erst möglich gemacht.

In seinem Vortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Duisburg-Essen am 28.6.2007 sagte der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Prof. Axel Weber: "Kein Land kann ad infinitum eine defizitäre Leistungsbilanz haben, da dies gleichbedeutend mit dem stetigen Ausweiten von Verbindlichkeiten gegenüber dem Rest der Welt … wäre. Eine Entwicklung, die nicht ewig anhalten kann, wird es auch nicht tun. Daher ist es keine Frage, ob es in der Zukunft zu einer Korrektur der globalen Ungleichgewichte kommen wird, sondern nur wann und in welcher Form." Zwei Monate später hatte die Aktienkurse begonnen, weltweit zu fallen – der Beginn der Krise. Der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems und der Weltwirtschaft konnte nur durch das entschlossene Eingreifen der wichtigsten Staaten und Notenbanken verhindert werden – mit gravierenden Auswirkungen auf die Verschuldung der Nationalstaaten. So stieg auch die öffentliche Verschuldung des stabilsten Landes der Eurozone, Deutschlands, von 66,8% des BIP 2008 auf 82,5% 2010.
Die Leistungsbilanzen sollten längerfristig – würde das flexible Wechselkurssystem funktionieren und sich die Wechselkurse aufgrund der langfristigen Entwicklung der Leistungsbilanzen bilden – im Gleichgewicht sein. Tatsächlich bestimmt die Währungsspekulation und die Politik des niedrigen Wechselkurses einzelner Staaten – insbesondere Chinas, die Kurse.

Zu den Ungleichgewichten zwischen den Volkswirtschaften kommen die Ungleichgewichte innerhalb der Staaten. So wächst das private Geldvermögen parallel zur Verschuldung. In Deutschland beträgt die Staatsschuld in etwa € 2 Billionen, das private Geldvermögen in etwa € 5 Billionen, in Österreich beträgt die Staatsschuld etwa € 200 Mrd., das private Geldvermögen € 500 Mrd. Laut einer Studie der Österreichischen Nationalbank muss sich dabei die untere Hälfte der Bevölkerung mit 8% des Geldvermögens begnügen, das reichste 1% hält 27% des Geldvermögens, das reichste Promille 8%.[10] Die italienischen Bürger besitzen nach einem Bericht des österreichischen Wirtschaftsblattes insgesamt € 8,64 Billionen, wobei dieses sehr ungleich verteilt sind: Die einkommensschwächere Hälfte der italienischen Familien besitzt weniger als zehn Prozent des gesamten Geldvermögens, die zehn Prozent der Reichsten 45 Prozent des Vermögens.[11] Es ist evident, dass Personen, die ein hohes Vermögen, verbunden mit hohem Einkommen, ihr Eigen nennen, nur einen Bruchteil konsumieren können und meist den größten Teil als Finanzvermögen halten. Die entstehende Nachfragelücke wird durch Verschuldung, vor allem durch Staatsverschuldung geschlossen – die Geldvermögen sind das Spiegelbild der Verschuldung.[12]

Da in der Eurozone – aufgrund der Einheitswährung – ein Ausgleich durch den Wechselkursmechanismus ohnedies nicht mehr möglich ist, führten die sich unterschiedlich entwickelnden Lohnstückkosten, als Spiegel der Wettbewerbsfähigkeit, zu sich ausweitenden Leistungsbilanzungleichgewichten. So stiegen die nominellen Lohnstückkosten der Länder der Europeripherie deutlich schneller als vor allem in Deutschland: Griechenlands Lohnstückkosten stiegen im Durchschnitt 2000-2005 um 3,3% und 2005-2010 im Durchschnitt um 2,5%, die Lohnstückkosten Spaniens um 3% beziehungsweise 2,6% während sie in Deutschland nur um 0,1% (Durchschnitt 2000-2005) bzw. 0,8% (Durchschnitt 2005-2010) stiegen.

Durch Lohnkürzungen hat sich die Lohnstückkostenentwicklung umgekehrt und verbunden mit Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zur Einebnung der Defizite geführt. So sanken in Griechenland die Lohnstückkosten 2012 um -6,2%, 2013 um -7,8%, in Spanien um -3% und -1,6% und in Portugal um -3% und 1%.

---

[10] Wirtschaftsblatt, 9.10.2011
[11] Wirtschaftsblatt, 20.12.2011
[12] Geld ist eine Forderung gegenüber anderen Wirtschaftsteilnehmern, über den "Umweg" des Bankensystems. Forderungen müssen logischerweise Verbindlichkeiten gegenüberstehen. In Summe ist das Geldvermögen weltweit (Bankguthaben + Cash - Bankverbindlichkeiten) – gleich Null.

LOHNSTÜCKKOSTEN

Veränderung der nominellen Lohnstückkosten in % (Gesamtwirtschaft) [1]

Land	Durchschnitt 2000-2005	Durchschnitt 2005-2010	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013 *	2014 *	2015 *
Belgien	1,7	2,4	0,4	1,4	4,4	3,9	-0,3	2,7	3,7	1,8	-0,5	1,0
Deutschland	0,1	0,8	0,5	-0,9	2,3	5,6	-1,1	1,0	3,1	2,2	1,6	1,7
Estland	4,4	7,2	2,9	3,8	14,6	1,5	-5,0	-1,8	4,2	7,5	3,9	3,4
Finnland	1,5	2,9	0,6	2,2	6,7	9,0	-1,6	1,9	4,6	3,3	1,3	0,7
Frankreich	2,0	2,2	1,4	1,8	3,2	3,7	0,7	1,2	2,1	1,0	0,7	0,4
Griechenland	3,3	2,5	1,9	3,3	5,1	6,2	-0,1	-1,8	6,2	-7,8	-1,5	-0,3
Irland	4,1	1,1	1,7	4,4	6,8	-2,6	-6,7	-4,0	0,0	1,6	-0,8	-0,8
Italien	3,0	2,5	0,6	2,2	4,7	4,6	-0,0	1,0	2,5	1,3	0,7	0,8
Lettland	4,6	8,1	-1,3	15,4	20,0	-7,9	-10,1	1,2	3,5	2,3	2,8	2,3
Luxemburg	2,7	4,4	2,5	2,3	9,4	8,7	1,4	3,4	4,7	1,1	2,6	2,0
Malta	3,2	2,8	-0,9	-0,5	2,8	6,0	0,3	1,7	3,7	1,8	1,6	1,6
Niederlande	2,5	2,0	3,0	-0,4	3,0	5,3	-0,6	1,2	2,9	-0,3	0,5	0,6
Österreich	0,6	2,0	0,0	1,1	3,5	5,0	0,0	1,0	3,0	2,6	1,2	1,0
Portugal	3,1	1,4	4,4	3,6	3,5	3,1	-1,4	-0,9	-3,0	1,0	-1,9	-0,1
Slowakei	3,5	2,3	9,5	3,9	4,4	5,7	-0,9	0,8	1,0	-0,8	1,2	0,5
Slowenien	4,9	3,8	7,3	1,5	6,4	8,6	0,4	-0,7	0,8	0,7	-1,3	-0,7
Spanien	3,0	2,6	2,8	3,4	5,7	1,6	-1,7	-1,0	-3,0	-1,6	-0,4	0,0
Zypern	3,9	1,8	2,6	1,7	1,8	4,1	1,1	2,5	-2,7	-4,7	-2,6	0,8
Eurozone (18)	1,8	1,9	1,2	1,3	3,8	4,3	-0,6	0,7	1,8	1,0	0,7	0,8

Abbildung 4: Lohnstückkostenentwicklung Eurozone, Quelle: EU-Kommission, WKO

Die Austeritätspolitik zeitigte jedoch massive Folgen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung und führte vor allem Griechenland und Spanien aber auch Portugal in eine äußerst prekäre soziale Situation, die vor allem in Griechenland auch die politische Stabilität massiv in Frage stellt.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Veränderung des realen BIP (in %)

Land	Durchschnitt 2000-2005	Durchschnitt 2005-2010	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013 *	2014 *	2015 *
Belgien	1,6	1,2	3,7	1,8	1,0	- 2,8	2,3	1,8	- 0,1	0,2	1,4	1,7
Deutschland	0,6	1,3	3,1	0,7	1,1	- 5,1	4,0	3,3	0,7	0,4	1,8	2,0
Estland	7,2	0,0	9,7	8,9	- 4,2	-14,1	2,6	9,6	3,9	0,7	2,3	3,6
Finnland	2,6	0,8	5,3	2,9	0,3	- 8,5	3,4	2,8	- 1,0	- 1,5	0,2	1,3
Frankreich	1,6	0,6	3,7	1,8	- 0,1	- 3,1	1,7	2,0	0,0	0,3	1,0	1,7
Griechenland	4,0	0,1	4,5	2,3	- 0,2	- 3,1	- 4,9	- 7,1	- 6,4	- 3,7	0,6	2,9
Irland	4,9	0,1	10,6	6,1	- 2,2	- 6,4	- 1,1	2,2	0,2	0,3	1,8	2,9
Italien	1,0	- 0,3	3,7	0,9	- 1,2	- 5,5	1,7	0,5	- 2,5	- 1,9	0,6	1,2
Lettland	8,2	- 0,7	5,3	10,1	- 2,8	-17,7	- 1,3	5,3	5,2	4,0	4,2	4,3
Luxemburg	3,6	1,6	8,4	5,3	- 0,7	- 5,6	3,1	1,9	- 0,2	2,1	2,2	2,5
Malta	1,3	2,2	6,4	3,6	3,9	- 2,8	3,3	1,7	0,9	2,0	2,1	2,1
Niederlande	1,3	1,3	3,9	2,0	1,8	- 3,7	1,5	0,9	- 1,2	- 0,8	1,0	1,3
Österreich	1,7	1,3	3,7	2,4	1,4	- 3,8	1,8	2,8	0,9	0,3	1,5	1,8
Portugal	0,9	0,5	3,9	0,8	0,0	- 2,9	1,9	- 1,3	- 3,2	- 1,6	0,8	1,5
Slowakei	4,9	4,7	1,4	6,7	5,8	- 4,9	4,4	3,0	1,8	0,8	2,3	3,2
Slowenien	3,6	1,8	4,3	4,0	3,4	- 7,9	1,3	0,7	- 2,5	- 1,6	- 0,1	1,3
Spanien	3,3	0,9	5,0	3,6	0,9	- 3,8	- 0,2	0,1	- 1,6	- 1,2	1,0	1,7
Zypern	3,2	2,4	5,0	3,9	3,6	- 1,9	1,3	0,4	- 2,4	- 6,0	- 4,8	0,9
Eurozone (18)	1,5	0,8	3,8	1,7	0,4	- 4,5	1,9	1,6	- 0,7	- 0,4	1,2	1,8

Abbildung 5: Wirtschaftswachstum Eurozone, Quelle: EU-Kommission, WKO

So schrumpfte die Wirtschaft Griechenlands 2009 um -3,1%, 2010 um -4,9%, 2011 um -7,1%, 2012 um -6,4% und 2013 um -3,7%. Auch die spanische, italienische und portugiesische Wirtschaft befinden sich in einem Schrumpfungsprozess. Die Arbeitslosenquote beträgt in Griechenland zwischenzeitig 27,3% und in Spanien 26,4% mit Jugendarbeitslosenraten jeweils über 50%. In Portugal liegt die Arbeitslosenrate bei 16,5%.

ARBEITSLOSENQUOTEN

Arbeitslose in % der Erwerbspersonen [1]

Land	Durchschnitt 2000-2005	Durchschnitt 2005-2010	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Belgien	7,7	7,9	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,2	7,6	8,4	8,5	8,2
Deutschland	9,4	8,8	8,0	11,3	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5	5,3	5,2	5,1
Estland	10,7	9,1	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	10,2	8,8	8,3	7,7
Finnland	9,0	7,7	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,7	8,2	8,3	8,1
Frankreich	8,8	9,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,7	9,6	10,2	10,8	11,0	11,0
Griechenland	10,4	9,5	11,2	9,9	7,7	9,5	12,6	17,7	24,3	27,3	26,0	24,0
Irland	4,4	7,7	4,2	4,4	6,4	12,0	13,9	14,7	14,7	13,1	11,9	11,2
Italien	8,6	7,3	10,0	7,7	6,7	7,8	8,4	8,4	10,7	12,2	12,6	12,4
Lettland	12,3	11,3	14,3	10,0	7,7	17,5	19,5	16,2	15,0	11,9	10,5	9,2
Luxemburg	3,4	4,7	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,8	5,1	5,9	6,0	5,9
Malta	7,3	6,7	6,7	6,9	6,0	6,9	6,9	6,5	6,4	6,5	6,4	6,4
Niederlande	3,9	4,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,4	5,3	6,7	7,4	7,2
Österreich	4,3	4,6	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3	4,9	4,8	4,7
Portugal	6,3	9,5	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,9	15,9	16,5	16,8	16,5
Slowakei	18,3	12,9	18,9	16,4	9,6	12,1	14,5	13,7	14,0	14,2	13,9	13,4
Slowenien	6,5	5,8	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	8,9	10,2	10,8	10,7
Spanien	10,9	12,6	11,7	9,2	11,3	18,0	20,1	21,7	25,0	26,4	25,7	24,6
Zypern	4,4	4,9	4,8	5,3	3,7	5,4	6,3	7,9	11,9	16,0	19,2	18,4
Eurozone (18)	8,9	8,8	8,8	9,2	7,6	9,6	10,2	10,2	11,4	12,1	12,0	11,7

Abbildung 6: Eurozone Arbeitslosenquoten, Quelle: EU-Kommission, WKO

Die sinkende Nachfrage, die dadurch schrumpfende Wirtschaft und die steigende Arbeitslosenrate konterkarierten die Bestrebungen zur Absenkung des staatlichen Defizits. So erreichte Griechenlands Defizit 2013 -13,1% nach -9% 2012. Spaniens Defizit lag 2013 bei -7,2%, Portugals Defizit bei -4%.
Auch in Deutschland ist das Wachstum aufgrund des Investitionsstaus vor allem des öffentlichen Sektors – bedingt durch Schuldenbremse und einer nicht ausreichenden Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen – und der zu geringen Binnennachfrage (sichtbar am Leistungsbilanzüberschuss) mit +0,7% 2012 und +0,4% 2013 gering. Frankreich, das an mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leidet, erreichte überhaupt nur eine Stagnation 2012 und ein Wachstum von 0,3% 2013. Dies hat Auswirkungen auf die gesamte Eurozone, die 2012 um -0,7% und 2013 um -0,4% schrumpfte, während die USA mit 2,8% und 1,9% wuchsen. Die Arbeitslosigkeit lag in der Eurozone 2013 bei 12,1% während die USA mit 7,4% bereits schrumpfende Arbeitslosenzahlen aufweisen.

Stufe 2: Schaffung einer Fiskalunion und einer Wirtschaftsregierung der Eurozone: Vertrag über die Umwandlung der Eurozone in eine Europäische Wirtschaftsföderation

Der Fiskalpakt – verbunden mit der beschriebenen Austeritätspolitik – erweist sich damit als nicht zukunftsträchtige Strategie für die Eurozone. Hinzu kommt, dass mit der Erkenntnis des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2014 der Fortbestand des OMT-Programmes gefährdet erscheint. Die Karlsruher Richter sehen "gewichtige Gründe dafür", dass das OMT-Programm "über das Mandat der Europäischen Zentralbank für die Währungspolitik hinausgeht und damit die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten übergreift sowie gegen das Verbot monetärer Haushaltsfinanzierung verstößt". Die Richter haben die Entscheidung zwar an den EuGH abgetreten (Vorlagefragen), gleichzeitig aber deutlich gemacht, dass man das OMT-Programm aus ihrer Sicht nur deutlich eingeschränkt auslegen muss. So dürften beispielsweise Staatsanleihen einzelner Mitgliedsstaaten nicht in unbegrenzter Höhe aufgekauft werden.[13] Eine solche Entscheidung würde freilich das OMT Programm wirkungslos machen. Sollte der EuGH zur Auffassung kommen, dass OMT in der bisherigen Form beibehalten werden kann, hat sich Karlsruhe aber das letzte Wort vorbehalten: "Hierrüber wird der Senat auf Basis der Vorlagefragen zu entscheiden haben."[14]

Ohnedies konnte OMT nur eine Akutmaßnahme sein – wodurch Zeit für nachhaltige politische Schritte gewonnen wird. Nun wird es immer dringlicher, einen weiteren entscheidenden Integrationsschritt zu setzen – ganz im Sinne der "Euroväter", denen klar war, dass eine Währungsunion auf Dauer nicht ohne eine (wirtschafts)politische Union bestehen kann. Helmut Kohl hoffte, dass die Währungsunion die politische Union erzwingen wird.

Soll die Währungsunion nicht scheitern so erzwingt sie zumindest die wirtschaftspolitische Union, wobei dies vor allem im Interesse der "einfachen" Bürger gelegen ist. Nova EUropa hat daher als zweite Stufe des Eurorettungsplanes die Schaffung einer echten Fiskalunion mit einer Wirtschaftsregierung – unter parlamentarischer Kontrolle – für die Eurozone verlangt. In der dadurch entstehenden Europäischen Wirtschaftsföderation soll eine Politik des – auch ökologisch – nachhaltigen Wachstums, der Vollbeschäftigung und der Verteilungsgerechtigkeit möglich werden – dies vor allem aufgrund der Größe des einheitlichen wirtschaftspolitischen Raumes und dem damit im wesentlichen zurückgewonnen Primats der Politik über die Wirtschaft.

Konkret schlägt Nova EUropa vor:

- Die Staaten der Eurozone, jedenfalls ein wesentlicher Teil der Eurostaaten, erklären, sich innerhalb der EU zu einer **Europäischen Wirtschaftsföderation** zusammenzuschließen. Deutschland, Frankreich und Italien müssen der Wirtschaftsföderation jedenfalls angehören – ohne sie wäre das Projekt nicht realisierbar. Sinnvoll ist es auch, wenn alle Gründerstaaten der EWG und Österreich, als Euro-Kernstaaten Mitglieder der Wirtschaftsföderation sind. Jene Eurostaaten, die nicht zur notwendigen Aufgabe von Souveränität bereit sind, scheiden geordnet aus der Währungsunion aus. Ein solcher Schritt wird – wahrscheinlich auch in Deutschland – nicht ohne eine Volksabstimmung möglich sein. Diesfalls muss der Bevölkerung der Souveränitätsgewinn durch den Zusammenschluss zur Wirtschaftsföderation – gegenüber den weltwirtschaftlichen "Großmächten" USA, aber auch China und Russland und gegenüber den Finanzmärkten – und die damit verbundenen Möglichkeiten der Politikgestaltung und der Einflussnahme auch auf die Weltwirtschaftspolitik klar vor Augen geführt werden.

[13] Die Welt, 8.2.2014
[14] FAZ, 8.2.2014

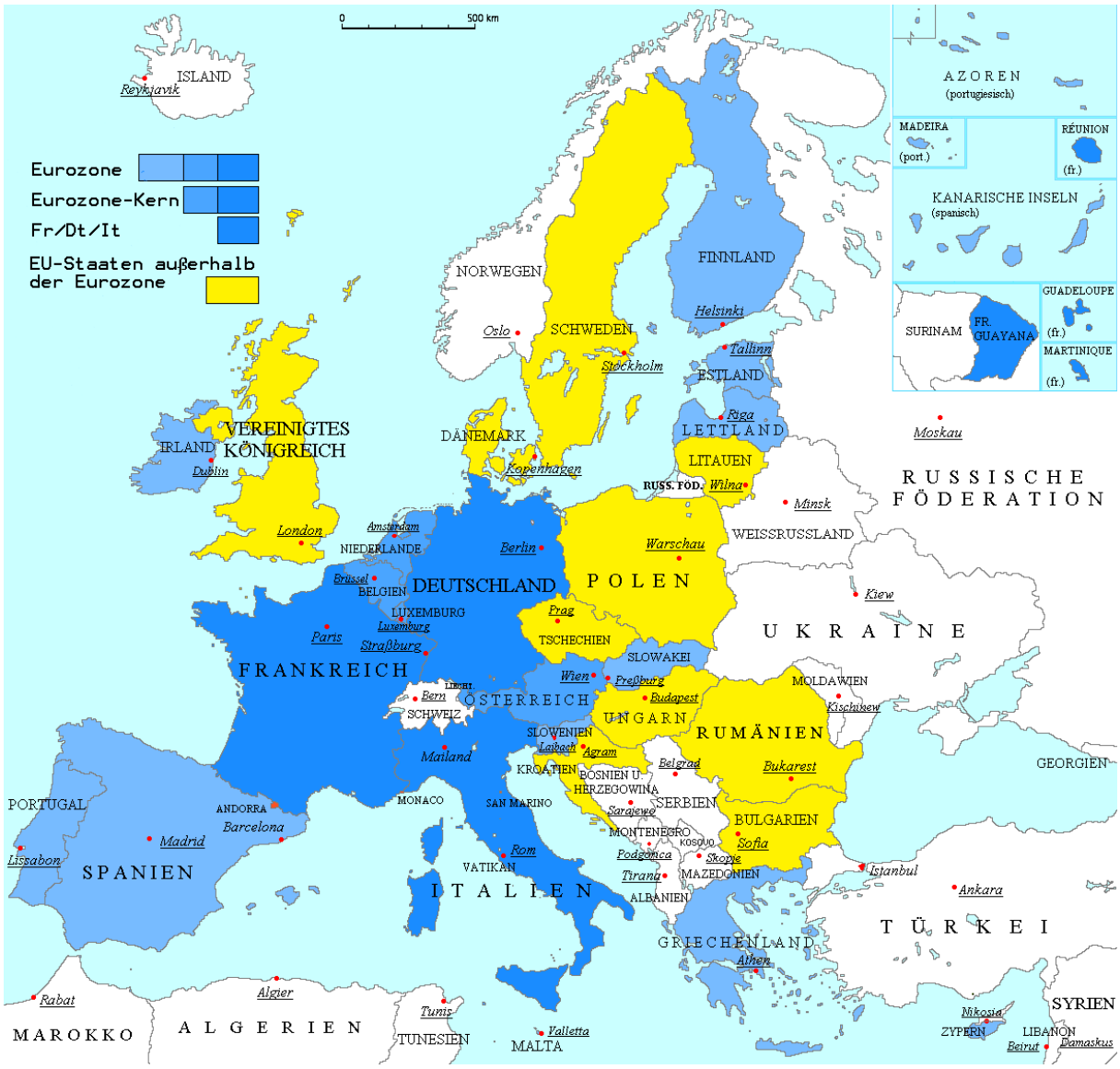


Abbildung 7: Gründung der Europäischen Wirtschaftsföderation ... zumindest ein Kern der Eurostaaten, jedenfalls aber Deutschland, Frankreich, Italien

- Als Exekutive fungiert eine Wirtschaftsregierung. Frankreichs Staatspräsident François Hollande hat erst am 16. März 2013 – wie es auch sein Vorgänger Nicolas Sarkozy mehrfach gefordert hatte – eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone verlangt. Hollande präsentierte die Idee als Teil einer großen Initiative für Europa, mit der er innerhalb zweier Jahre die "Umrisse einer politischen Union" schaffen wolle. Die Wirtschaftsregierung soll sich, so der französische Staatspräsident, monatlich unter Leitung eines eigenen Präsidenten treffen und unter anderem die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten koordinieren und das Steuerrecht harmonisieren.[15] Nova EUropa schlägt vor, dass eine solche Wirtschaftsregierung – in Anerkennung der politischen Realitäten – aus den Staats- bzw. Regierungschefs der größten Eurostaaten Deutschland, Frankreich und Italien, aus einem weiteren Regierungschef, der von den 18 Euro-Regierungschefs aus ihren Reihen gewählt wird, sowie aus vier Fachministern für Finanzen, Wirtschaft, Soziales und

[15] Die Zeit, 16.5.2013; Am 14.1.2011 hat das Handelsblatt berichtet, dass Merkel und Sarkozy, der dies seit Längerem gefordert hatte, eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone etablieren wollen. Selbiges berichtete der Spiegel wie auch die Zeit, die Welt und die FAZ am 16. bzw. 17.8.2011

Umwelt, die vom Föderationsrat (siehe unten) bestellt werden, bestehen soll. Der Vorsitz in der Wirtschaftsregierung wird im Rotationsverfahren abwechselnd von den vier Staats- bzw. Regierungschefs wahrgenommen.

- Die Wirtschaftsregierung agiert unter parlamentarischer Kontrolle eines Zwei-Kammern-Parlaments, das die Legislativgewalt ausübt. Dieses Zweikammern-Parlament besteht aus einer Bürgerkammer, der Föderationsversammlung und aus einer Staatenkammer, dem Föderationsrat.
  - Die erste Kammer besteht aus den EU-Abgeordneten der Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsföderation. Sollte insb. das deutsche Bundesverfassungsgericht auf eine proportionale Vertretung bestehen sind entsprechende Anpassungen vorzunehmen.[16]
  - Die zweite Kammer besteht aus Mitgliedern der Regierungen der Staaten der Wirtschaftsföderation, die sie bestellen und abberufen. Entsprechend der Regelung für den deutschen Bundesrat sollen die Stimmen nach der Einwohnerzahl gestaffelt sein, wobei die kleineren Länder überproportional vertreten sind (z.B. Deutschland, Frankreich, Italien: 6 Mitglieder; Spanien: 5 Mitglieder; Niederlande: 4 Mitglieder; Österreich, Belgien, Griechenland, Portugal: 3 Mitglieder; Slowakei, Finnland, Irland: 2 Mitglieder; Slowenien, Luxemburg, Estland, Lettland, Zypern, Malta: 1 Mitglied)

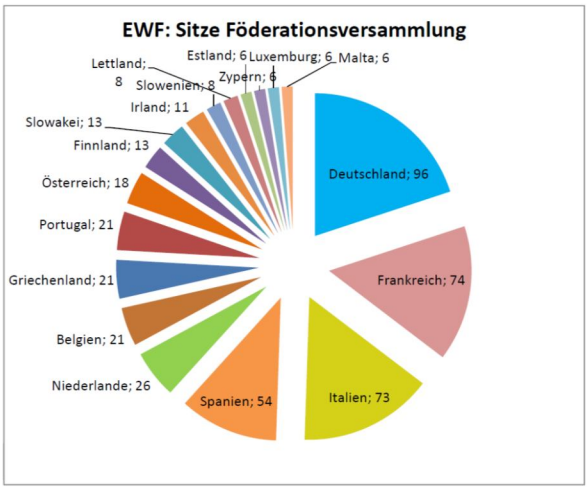


Abbildung 8: Föderationsversammlung der EWF, bestehend aus EU-Parlamentariern

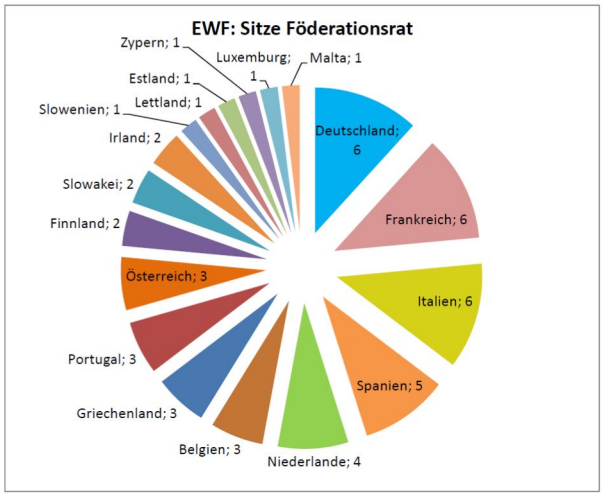


Abbildung 9: Föderationsrat der EWF, nach dem Vorbild des deutschen Bundesrates

Als Sitz von Wirtschaftsregierung und Parlament der Föderation haben wir Straßburg vorgeschlagen. Das EU-Parlament könnte, und würde dann wohl auch, mit Zustimmung Frankreichs seinen Sitz in Straßburg aufgeben und dem Föderationsparlament überlassen können.

Nova EUropa hat bereits bei der ersten Veröffentlichung des Planes festgehalten, dass in einer solchen Wirtschaftsföderation

- die wirtschaftspolitisch relevanten Steuern zu vereinheitlichen wären,
- Maßnahmen gegen Steuerflucht ergriffen werden müssen,
- die Finanzierung der Staatsschuld auf gemeinsamer Grundlage zu organisieren (Eurobonds),
- und jährlich ein Rahmen für die Haushaltspolitik – abhängig von der konjunkturellen Situation – festzulegen ist.

[16] Besteht die Föderationsversammlung aus den EU-Parlamentariern, sind die kleinen Staaten überrepräsentiert.

Stufe 3: Eine Verfassung und die volle Demokratisierung der Eurozone – Umwandlung der Europäischen Wirtschaftsföderation in eine souveräne Europäische Republik

Da die oben vorgeschlagene Regelung weder in vollem Umfang demokratischen Anforderungen entspricht noch die volle Handlungsfähigkeit – weder im wirtschaftspolitischen Bereich, vor allem aber nicht im außen- und sicherheitspolitischem Bereich – herstellt, muss der Vertrag über die Europäische Föderation bis maximal 2020 befristet werden – so die Formulierung bei Veröffentlichung des Planes Ende 2011. Da inzwischen wertvolle Zeit verlorengegangen ist, schlagen wir nun eine Befristung bis 2025 vor. In den Jahren bis 2023 sollte dann ein Konvent, bestehend aus Mitgliedern der beiden Parlamentskammern sowie aus Parlamentariern und Regierungsmitgliedern der Eurostaaten, eine Verfassung für einen europäischen Staat ausarbeiten – für eine **Europäische Republik**, in die dann die Wirtschaftsföderation umzuwandeln ist.

Mit der Umwandlung in einen Staat übertragen die Euro-Staaten ihre Rest-Souveränität auf die Europäische Republik als föderalen, demokratischen, sozialen und laizistischen Rechtsstaat, dessen Verfassung dann allen demokratischen Anforderungen einschließlich der Gewaltenteilung zu entsprechen hat. Mit der Übertragung der Souveränität reduziert sich die Zahl der Mitglieder der Europäischen Union auf die Europäische Republik und die Nicht-Euro-Staaten, und auch in den anderen internationalen Organisationen übernimmt die Europäische Republik die Mitgliedschaften ihrer Bundesstaaten. In den Vereinten Nationen übernimmt die Europäische Republik den Sitz Frankreichs und damit den ständigen Sitz im Sicherheitsrat.
Staats- und Regierungschef sollte – nach amerikanischem Vorbild – ein vom Volk direkt gewählter Präsident sein, welcher die Regierung bildet. Die Legislative wäre von einem reformierten Zweikammern-Parlament – mit voller proportionaler Repräsentanz der Bevölkerung in der Föderationsversammlung – wahrzunehmen, ohne Verflechtungen mit dem Brüsseler EU-Parlament. Als zweite Kammer könnte der Föderationsrat fortgeführt oder alternativ ein Senat geschaffen werden.

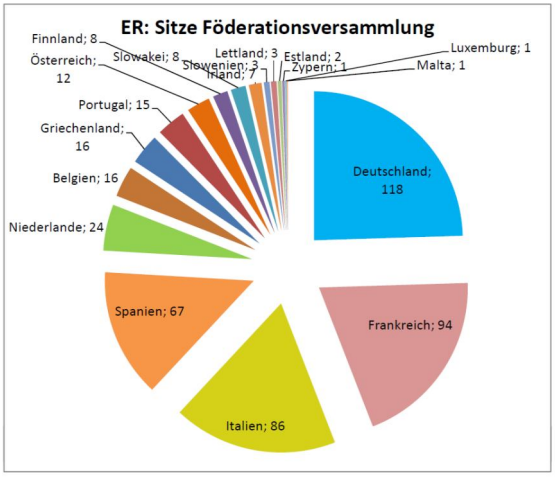


Abbildung 12: Föderationsversammlung – proportionale Repräsentanz

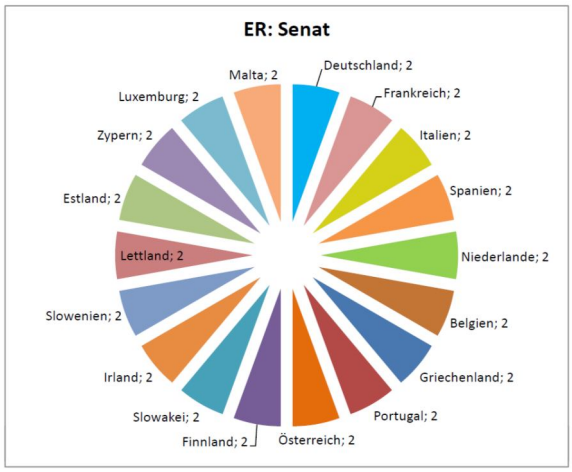


Abbildung 13: Senat - Alternative zum Föderationsrat

Nova EUropa hat in mehreren Resolutionen auf die Notwendigkeit einer Europäischen Republik bzw. einer ihr vorangehenden Europäischen Wirtschaftsföderation hingewiesen. In einer Präsidiumsresolution vom 24.9.2012 heißt es:
"Eine Europäische Republik ist eine Notwendigkeit, wenn wir die Soziale Markwirtschaft in Europa absichern wollen, wenn wir weiterhin weltpolitischen Einfluss haben und nicht Spielball anderer Großmächte und der Finanzmärkte sein wollen. Europa ist aber mehr als eine wirtschaftliche Notwendigkeit! Europa wahrt den Reichtum seiner kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung seines kulturellen Erbes. Europa, das ist die Aufklärung, die Deklaration der Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter – Europa, das ist Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Die Europäische Republik muss auf diesen Werten und Idealen, die „europäische Identität" bedeuten, aufgebaut werden. Nicht nur der Verstand, sondern vor allem das Herz der Bürger von Europas Staaten muss für das Projekt eines starken, gemeinsamen Europas gewonnen werden."

Welche Konsequenzen ein Zerfall von Eurozone und EU hätte und welchen politischen Maßnahmen notwendig wären, wurde in folgendem Punktekatalog zusammengefasst:

Der Zerfall von Eurozone und EU und die Re-Nationalisierung in Europa hätten dramatische politische, ökonomische und soziale Auswirkungen.

- In der EU ist seit der Finanzkrise 2008/2009 außer Frage, dass der Standortwettbewerb um niedrige Steuern für Besserverdienende, Finanzkapital und Unternehmen eingedämmt werden muss. Nachhaltig überwunden werden kann er aber nur durch einen europäischen Staat mit einer zentralen Steuer-, Budget-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Bei einem Zusammenbruch von Euro und EU ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass dieser Standortwettbewerb in Europa wieder auflebt und die Staaten aus Furcht vor der Abwanderung von Industrie und Finanzkapital die Steuern für diese senken, der Lohndruck steigt und im Gegenzug massive Einschnitte beim Mittelstand und bei den sozial Schwächeren folgen.
- Nur ein großer europäischer Staat könnte die Steuerflucht in Finanz- und Steueroasen – ob in Europa oder Übersee – wirkungsvoll unterbinden und diese zur Kooperation zwingen. Die Unterbindung der Steuerflucht ist die entscheidende Voraussetzung für die Handlungsfreiheit der Politik, ein sozial gerechtes Steuersystem aufzubauen.
- Um die Weltwirtschaft nachhaltig stabilisieren zu können, bedarf es der Überwindung der makroökonomischen Ungleichgewichte – der hohen Leistungsbilanzdefizite einzelner Staaten und spiegelbildlich der hohen Leistungsbilanzüberschüsse anderer Staaten. Es ist evident, dass der Wechselkursmechanismus dies leisten könnte, wenn er nicht durch die Währungsspekulation und durch eine Politik des niedrigen Wechselkurses einzelner Staaten – insbesondere Chinas – in seiner Wirkung beeinträchtigt wäre. Wie vom früheren französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy bereits zu Beginn der Finanzkrise 2008/09 gefordert, bedarf es eines neuen Bretton Woods-Abkommens, einer neuen Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung, in der die Wechselkurse durch die langfristige Entwicklung der Leistungsbilanzen bestimmt werden. Nur eine starke Europäische Republik hat die Kraft, eine neue internationale Wirtschaftsordnung, basierend auf den Prinzipien einer Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft, durchzusetzen –auch gegen die Widerstände der Finanzzentren in New York und London.
- Um das Weltfinanzsystem nachhaltig stabilisieren zu können, muss auch das Wachstum von Verschuldung und Geldvermögen eingedämmt werden. Soll diese unhaltbare Entwicklung des ständigen Wachsens der Forderungen Weniger und auf der anderen Seite der Verschuldung von Staaten und Einzelpersonen nicht – wie bisher immer in der Menschheitsgeschichte - durch Kriege und Katastrophen gestoppt werden, muss ein zivilisierter Weg zum Abbau von Forderungen und-Schulden beschritten werden – Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern und eine wesentlich höhe-

re Besteuerung von Spitzeneinkommen, speziell aus Kapitalveranlagung. Von besonderer Wichtigkeit wäre auch die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer, um den Hochfrequenzhandel und damit die kurzfristige Spekulation unattraktiv zu machen. Frankreich ist bereits vorangegangen; jetzt muss diese in einem zweiten Schritt sobald wie möglich – koordiniert – in möglichst vielen EU-Staaten eingeführt werden.

- Damit Europa das Gewicht hat, eine neue Weltwirtschaftsordnung sowie die notwendigen steuerpolitischen Maßnahmen in Europa umzusetzen, darf die Eurozone keinesfalls auf einen kleinen Kern zusammenschrumpfen. Mitglieder der Europäischen Föderation und später der Europäischen Republik sollen alle Euro-Staaten sein können, die zur Aufgabe von Souveränität bereitsind. Schwache Eurostaaten müssen durch angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen gestützt werden. Nicht eine Austerity-Politik mit der damit unvermeidlich verbundenen Rezession, sondern Investitionen in Infrastruktur, Industrieansiedelungen, Forschung, Bildung und Ausbildung werden diese Staaten und damit ganz Europa voranbringen. Betont werden muss auch, dass nicht alle Staaten, die unter hohen Zinsen zu leiden haben, ökonomisch schwach sind. Insbesondere Italien ist eine starke Volkswirtschaft, deren Hauptproblem die Spekulation auf ein Auseinanderbrechen der Eurozone ist.
- Nicht unerwähnt bleiben soll, dass ein Auseinanderbrechen der Eurozone und in weiterer Folge ein Scheitern des gesamten europäischen Projekts – also die Re-Nationalisierung Europas mittelfristig die Wahrscheinlichkeit für Konflikte insbesondere im östlichen Mittel- und Südeuropa erhöht. Kriege in Europa werden wieder denkbar und möglich. Jedenfalls aber wird Europa kaum mehr „Einfluss auf die Agenda der Weltpolitik und die Lösung globaler Probleme“ haben, wie es der deutsche Ökonom Peter Bofinger, der Soziologe Jürgen Habermas und der Philosoph Julian-Nida-Rümelin jüngst formulierten.